

Kurzinformationen

zusammengestellt von Thomas Stukenberg und Theo Ebbers

Requiem für Indiens Sozialisten

Wohl keine Strömung der indischen Politik verfügt über ein so hohes Spaltungspotential wie Indiens 'Sozialisten'. Nach dem Fall der Minderheitsregierung V.P. Singh 1990 und dem kurzen Intermezzo Chandra Shekhar erlitt die von ihm geführte 'Janata Dal' (JD) bei den Wahlen 1991 bereits einen herben Rückschlag. Nun begann für die zweitstärkste Oppositionspartei im zehnten Parlament seit der indischen Unabhängigkeit ein selbstzerfleischender Zerfallsprozeß. Ende Juni spaltete sich nun eine Gruppe von 14 der insgesamt 39 Parlamentsabgeordneten der 'Janata Dal' von dieser ab und nennt sich seither 'Janata Dal (G)'. Die Gruppe um George Fernandes, dem ehemaligen Industrie- und Eisenbahnminister, hofft - bisher vergeblich - auf Unterstützung und Zulauf von Landtagsabgeordneten vor allem aus den von der 'Janata Dal' regierten Bundesstaaten Bihar und Orissa. Die Abspaltung der 'Janata Dal (G)' ist wohl weniger auf ideologisch-politische Gegensätze innerhalb der Partei zurückzuführen, als auf persönliche Differenzen zwischen verschiedenen wichtigen Persönlichkeiten in der Partei. Die meisten der 'Abtrünnigen' sind Abgeordnete aus Bihar, deren Ziel offenbar der Sturz des dortigen Ministerpräsidenten der 'Janata Dal', Laloo Prasad Yadav, ist (siehe auch 'Südasiens', 6/94). Da dieses Ziel nicht erreicht wurde und Yadav seine Anhänger konsolidieren konnte, wird der Gruppe um George Fernandes keine Überlebenschance eingeräumt. Die jüngste Abspaltung dürfte vielmehr dieser zerstrittenen Formation den endgültigen Todesstoß versetzt haben. Der Traum von einer reformorientierten zentristischen Alternative zum 'Congress (I)' ist wohl endgültig geplatzt. Es ist keineswegs einfach, über viele Jahre hinweg in Indien solide Oppositionsarbeit ohne nennenswerte Ressourcen zu leisten. Für viele Berufspolitiker als Teil politischer Familien ist es eine Frage des privilegierten Überlebens, ob es gelingt, einer mehrheitsfähigen Formation anzugehören. Geld spielt daher in der indischen Politik

eine herausragende Rolle. Nicht wenige Abgeordnete, wenn sie nicht den Richtungsparteien der Kommunisten bzw. Hindu-Nationalisten angehören, sind deshalb 'käuflich', so Ex-Finanzminister und Sozialist Madhu Dandavate.

Neuerdings ist etwas Bewegung in die erstarrten Fronten der indischen Innenpolitik gekommen. Selbst Indiens stagnierende Linke muß neue Interpretationen und glaubhafte Lösungsansätze anbieten, um bei der Wählerschaft noch bzw. eventuell wieder Gehör zu finden. Es kann nicht ausgeschlossen werden, daß es in den nächsten Jahren zu einer wirklichen Polarisierung zwischen dem regierenden 'Congress (I)' und dem hindu-nationalistischen Herausforderer, der 'Bharatiya Janata Party' (BJP) kommt. Der operative Spielraum für eine reformorientierte, auf soziale Veränderungen abzielende Politik außerhalb von 'Congress (I)' und BJP bleibt deshalb äußerst beschränkt. Es ist daher anzunehmen, daß der eloquente George Fernandes und seine Anhänger in ihrem Rettungsboot kentern, denn selbst dieser Formation droht schon wieder der Spaltpilz. Wieviele Abgeordnete dieses kleinen Haufens wirklich noch ideologische Grundüberzeugungen haben, muß dahingestellt bleiben. Indrajit Gupta, angesichts der Zählebigkeit des indischen Kastensystems resignierender Generalsekretär der auf ideologische Reformen drängenden 'Communist Party of India' (CPI) meinte, daß die vorläufig letzte Abspaltung aus dem Lager der 'Janata Dal' erst einmal eine ideologische Grundentscheidung treffen müsse,

bevor sie sonst profillos unterzugehen drohe (zur CPI siehe auch Beitrag in dieser Ausgabe).

"Reservation" in Tamil Nadu illegal?

Entgegen der Rechtsprechung des Obersten Gerichts (supreme court) in Delhi, das im November 1992 festgelegt hatte, daß die Reservierungsquote für 'Scheduled Castes' und 'Scheduled Tribes' sowie die sogenannten 'Other Backward Classes' nicht mehr als 50 Prozent betragen darf, hat die Regierung Tamil Nadus unter 'Chief'-Ministerin Jayalalita die Reservierung von 69 Prozent der Stellen und Plätze in Schulen und im öffentlichem Dienst für diese Bevölkerungsgruppen beschlossen. Dieses Gesetz ist zwar inzwischen von Staatspräsident Shankar Dyal Sharma bestätigt worden, was für die Regierung in Tamil Nadu ein wichtiger politischer Erfolg ist, doch es gibt Widerstand gegen diese Reservierungen. K.M. Vijayan, ein Rechtsanwalt, hat beim 'High Court' in Madras Einspruch gegen dieses Gesetz erhoben.

Regierung und Opposition in Tamil Nadu, die beide nicht den Zorn der Gruppen auf sich ziehen wollen, haben die Zentralregierung in Delhi aufgefordert, durch eine Verfassungsergänzung Reservierungsquoten von über 50 Prozent zu ermöglichen und die Entscheidung über die Höhe der Quoten jeweils den einzelnen Bundesstaaten zu überlassen. Mittlerweile haben beide Häuser des indischen Parlaments mit einer Verfassungsergänzung für eine nachträgliche Legalisierung des Quotensystems in Tamil Nadu gesorgt.

Adivasi Rundbrief erschienen

1993 machten mehrere Organisationen der Menschenrechts- und Entwicklungszusammenarbeit im Rahmen der Adivasi-Kampagne auf die Situation der indischen Ureinwohner aufmerksam. Einige Vertreter der Trägerorganisationen der Kampagne treffen sich als Adivasi-Koordinationsgruppe auch weiterhin. Als eine ihrer ersten Aktivitäten hat die Gruppe einen Adivasi-Rundbrief herausgebracht. Die erste Nummer ist im September erschienen. Der Rundbrief dient dazu, regelmäßig über die Situation der Adivasi zu informieren, auf Menschenrechtsverletzungen aufmerksam zu machen und Möglichkeiten zum Handeln aufzuzeigen. Der Rundbrief ist gegen eine Spende zur Deckung der Kosten zu beziehen bei: Gesellschaft für bedrohte Völker, Ref. Indigene Völker, Düstere Str. 20a, 37073 Göttingen, Tel. 0551/49906-18).

Unruhen in Uttar Pradesh

Die Absicht der Landesregierung Uttar Pradeshs unter Ministerpräsident Mulayam Singh, die Reservierung von Ausbildungs- bzw. Studienplätzen sowie Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst für sogenannte 'andere rückständige Klassen' (OBC) auf 27 Prozent zu erhöhen, hat in den nördlichen Gebirgsregionen des bevölkerungsreichsten indischen Bundestaates zu heftigen Protesten und Unruhen geführt, in denen inzwischen wohl mehr als ein Dutzend Menschen ihr Leben verloren haben. Die Regionen Garwahl und Kumaon sind in den vergangenen Wochen zu einem Zentrum von Protesten und Unruhen geworden, die inzwischen auf die Ebenen überzugreifen drohen. In Nainital und Pauri kam es zu gewalttätigen Protestmärschen, in Mussoorie starben mindestens sechs Menschen, als die Polizei das Feuer auf die Demonstranten eröffnete. Das Argument der Demonstranten gegen eine Erhöhung der Regierungsquoten für OBCs auf 27 Prozent ist, daß diese in den Gebirgsdistrikten nur über einen Bevölkerungsanteil von zwei Prozent verfügen. Mulayam Singh rechtfertigte die Erhöhung der Quoten auch in diesen Regionen mit dem Argument einer einheitlichen Regelung für ganz Uttar Pradesh. Die beabsichtigte Quotenerhöhung auch in den Gebirgsdistrikten ist jedoch nur der aktuelle Anlaß für die Agitationen gegen die Landesregierung; die eigentlichen Gründe für den gegenwärtigen Aufruhr und Protest zwischen Mussoorie und Nainital liegen tiefer und sind in der wachsenden Entfremdung zwischen den Gebirgsregionen und den Ebenen Uttar Pradeshs zu suchen. Diese findet ihren Ausdruck in der Forderung der acht Gebirgsdistrikte Uttar Pradeshs nach einem eigenen Bundesstaat 'Uttarkhand', der in Verbindung mit den Protesten gegen die Regierungspläne verstärkt geäußert wird. Doch auch nachdem es Mulayam Singh Ende August gelungen ist, das Landesparlament dazu zu bringen, eine Resolution zu verabschieden, welche die Schaffung eines eigenen Bundesstaates 'Uttarkhand' garantiert, sind die Proteste und Agitationen nicht zurückgegangen. Die Forderungen werden seit etwa 15 Jahren immer wieder erhoben.

Wirtschaftspolitik erzeugt Hunger

Nach Angaben von UNICEF ster-

ben in Indien täglich 5.000 Menschen an den Folgen von Mangel- und Unterernährung. Erschreckende Zahlen, die die Erfolgsmeldungen aus dem Wirtschaftsministerium über die positiven Resultate und Auswirkungen der neuen Wirtschaftspolitik und die Angaben des Landwirtschaftsministeriums über Nahrungsmittel- und Milchproduktion und andere 'Entwicklungserfolge' in etwas zweifelhaftes Licht stellen. Von der Verdoppelung der Getreideproduktion seit 1960 und der Verbreitung der 'Grünen Revolution' in ganz Indien profitieren die Armen kaum, kam es in den letzten Jahren doch zu einem starken Anstieg der Getreidepreise, der vor allem auf die neue Wirtschaftspolitik zurückzuführen ist. Anfang 1993 erhöhte die Regierung in zwei Schritten den Aufkaufpreis für Reis und Weizen. Die Folge des dadurch ausgelösten Preisanstieges: der Kopf-Verbrauch von Getreide sank von 510 Gramm pro Tag in 1991 auf 466 Gramm pro Tag in 1993 - so die Ergebnisse einer Studie des 'National Council of Applied Economic Research' in Delhi.

Nur die Farmer, die einen vermarkteten Getreideüberschuß produzierten, profitierten - alle anderen waren gezwungen, mehr für Getreide auszugeben. Damit war auch ein starkes Absinken der Realeinkommen verbunden, da die Getreidepreise stärker stiegen, als die Löhne und Gehälter.

Eine weitere Ursache für Preisanstieg und Nahrungsmittelmangel ist die seit mehreren Jahren nahezu stagnierende Getreideproduktion. Als ein wichtiger Bestandteil der Wirtschaftsreformen wurden 1991 die staatlichen Düngemittelsubventionen gekürzt, worauf die Preise für Kunstdünger um 30 Prozent stiegen. Während die Großgrundbesitzer diesen Anstieg durch Preiserhöhungen für Nahrungsmittel an den Konsumenten weitergeben konnten, waren es vor allem Kleinbauern und marginalisierte Farmer, die unter dem Preisanstieg für Dünger litten. Diese sind zu einem hohen Grad Selbstversorger und produzieren nur in einem sehr geringen Umfang für den Markt. Sie waren gezwungen, weniger Düngemittel einzusetzen, worauf ihre Produktion sank. Für den Rückgang der Getreideproduktion und die Stagnation bei anderen landwirtschaftlichen Produkten gibt es einen weiteren Grund: die starke Einschränkung der öffentlichen Ausgaben und der Rückgang privater Investitionen für

Bewässerung und ländliche Infrastruktur.

Die Öffnung der indischen Landwirtschaft für ausländische Investoren im Bereich der Agroindustrie führt in weiten Teilen des Landes zu einer Änderung der Anbaustrukturen. Zunehmend werden Marktfrüchte wie Sonnenblumen, Tomaten, Rosen oder Obst angebaut. Vor allem an der Ostküste Andra Pradeshs und Tamil Nadus werden wertvolle landwirtschaftliche Nutzflächen in Fischteiche zur Garnelen- und Krabbenzucht umgewandelt - das hierzu benötigte Salzwasser macht das Land ungeeignet für den Anbau von Reis und Getreide.

Natürlich kann Indien Getreide importieren. Doch sobald die großen, durch massive Subventionen gestützten europäischen und us-amerikanischen Erzeuger ihre Produkte zu Dumpingpreisen in Indien absetzen können, wird es für einheimische Farmer noch unattraktiver, diese Produkte selber für die einheimischen Märkte zu produzieren.

Weniger Arbeitsplätze

Die umfassenden Reformen und die Liberalisierung der indischen Wirtschaft in den vergangenen zwei Jahren hat bisher keinen nennenswerten Anstieg der Beschäftigungszahlen bewirkt. Offizielle Schätzungen gehen von etwa 6,5 Millionen neugeschaffenen Arbeitsplätzen im Wirtschaftsjahr 1992/93 und 5,6 Millionen in 1993/94 aus. Gleichzeitig stieg die Zahl der Arbeitslosen um etwa 1,5 Millionen. Damit liegt das Wachstum neuer Arbeitsplätze deutlich unter den Zielvorgaben des aktuellen Fünfjahresplanes, der die Schaffung von 8,5 Millionen Arbeitsplätzen pro Jahr vorsieht. Der Anstieg der Arbeitslosenzahlen wird auf das im Vergleich zu den Planvorgaben von 5,6 Prozent niedrige Wirtschaftswachstum von nur 3,9 Prozent zurückgeführt. Gelingt es der Regierung nicht, die Wachstumsrate zu erhöhen, wird es ihr schwer fallen, das Ziel von 43 Millionen zusätzlichen Arbeitsplätzen während der gesamten Planperiode zu erreichen. Als kleinen Erfolg werten offizielle Quellen den Anstieg der Wachstumsrate der Beschäftigungszahlen in den vergangenen zwei Jahren auf beinahe zwei Prozent, gegenüber der durchschnittlichen Wachstumsrate von 1,7 Prozent in den Jahren zuvor. In Wirtschaftskreisen wird darauf hingewiesen, daß Wirtschaftswachstum

zunehmend mit einer Reduzierung der Beschäftigungsintensität verbunden ist. Der größte Teil der neuen Arbeitsplätze wurde im sogenannten unorganisierten oder informellen Sektor geschaffen. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen wird auf 17 Millionen, die der Unterbeschäftigung auf sechs Millionen geschätzt.

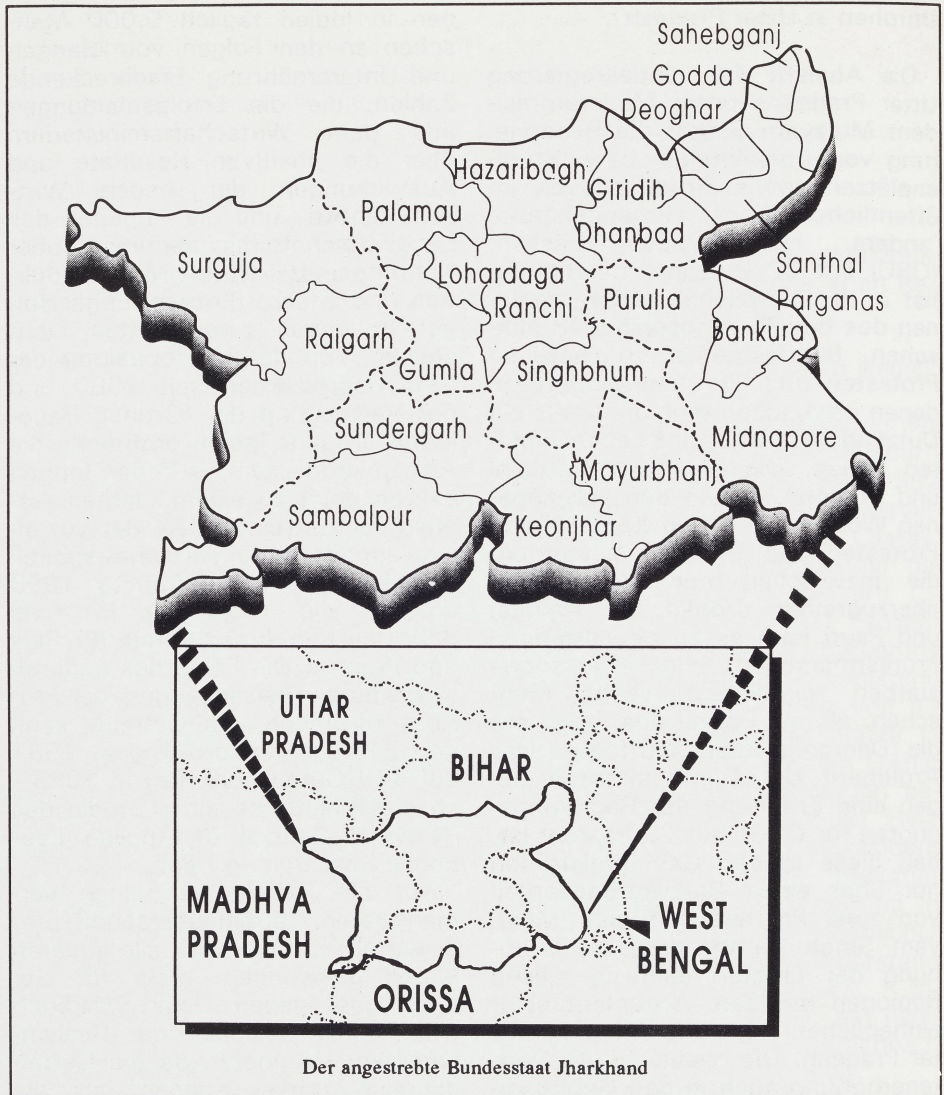
Unterdessen sind am 21. September weit mehr als 10.000 Menschen, die sich an einer landesweiten Protestaktion gegen die Wirtschaftspolitik der indischen Regierung beteiligten, vorübergehend festgenommen worden. Der linksgerichtete Gewerkschaftsbund hatte auch zu massiven Zugblockaden aufgerufen, die dann mehrstündige Verspätungen bei der Bahn zur Folge hatten. Allein im Bundesstaat Tamil Nadu wurden rund 10.000 Menschen festgenommen, die sich auf Bahngleisen niedergelassen hatten. Ähnliche Aktionen mit Festnahmen wurden aus dem Norden, Westen und Osten des Landes gemeldet. Die Teilnehmer werfen der Regierung vor, daß die vor drei Jahren eingeleiteten Wirtschaftsreformen zu zahlreichen Betriebsschließungen, Arbeitslosigkeit und höheren Lebensmittelpreisen geführt hätten.

Mitgiftmorde steigen

Mehr und mehr Frauen in Indien werden von ihren Ehemännern umgebracht, weil ihr Elternhaus den überzogenen Mitgiftforderungen nicht nachkommt. Wie bei einer parlamentarischen Anfrage bekannt wurde sind nach Angaben der indischen Regierung 20.537 Frauen zwischen 1990 und 1993 ermordet worden. Die Zahl der 'Mitgiftmorde' stieg 1993 auf 5.582 (1990: 4.836). Mitgiftzahlungen wurden in Indien 1961 zwar verboten, sind aber unter den Hindus noch immer weitverbreitete Praktik. Junge Bräute, deren Familien den Mitgiftforderungen nicht nachkommen können, werden einfach verbrannt, die Familie des Ehemannes stellt diese Morde oftmals als Unfälle dar.

Jharkhand in Sicht!?

Die seit fünfzig Jahren andauernde Bewegung für einen teilautonomen Adivasi-Bundesstaat 'Jharkhand' in der Grenzregion zwischen Bihar, Uttar Pradesh, Madhya Pradesh, Orissa und West Bengalen, erhält regierungsoffiziellen Auftrieb.



Der angestrebte Bundesstaat Jharkhand

Als die 'Jharkhand Mukti Morcha' (JMM) am 15. August in Ranchi/Bihar den selbst proklamierten Unabhängigkeitstag für 'Jharkhand' ('Jharkhand Sansad') feierte, war niemand geringeres als Narasimha Raos Innen- und Sicherheitsminister (Union Minister of State for Internal Security) Rajesh Pilot zugegen. Pilot, der 1993 als Sicherheitsminister für die Ausarbeitung der 'Anti-Religions-Gesetze' verantwortlich war, unterstreicht mit seinem Besuch das Interesse der Zentralregierung in New Delhi an einer konstruktiven Zusammenarbeit mit der JMM als Teil der Unabhängigkeitsbewegung im Jharkhand. Pilot sicherte der JMM gegebenenfalls die Unterstützung eines 'Jharkhand-Autonomierates' zu, der sich an ähnlichen Konstrukten im Nordosten Indiens - 'Bodoland Autonomous Council', 'Darjeeling Gorkha Hills Council' - orientieren soll. Da Bihars Chief Minister Laloo Prasad Yadav dem Autonomierat jedoch seine Unterstützung verweigert, ist die JMM mit der Drohung, einen unab-

hängigen Staat Jharkhand im Süden Bihars auszurufen, in die Offensive gegangen. Und die Zentralregierung setzt Yadav mit der Ankündigung, gegebenenfalls ein Autonomie-Gesetz im Parlament in New Delhi einzubringen, unter Druck. Auch will man die sogenannten Stammes-Beiräte von New Delhi aus stärken. Mit diesem Instrument kann die Zentralregierung am Parlament vorbei Gesetze beschließen, die "im Interesse der tribalen Bevölkerung" stehen. In Jharkhand plädiert auch der regionale 'Congress'-Parteiführer Thomas Hansda für einen autonomen Staat, "um die Region von Ausbeutung zu befreien". Der Rat müsse sich allerdings am Programm der 'Congress'-Partei orientieren.

Auch die zweite wichtige Partei, die eine Teilautonomie des 'Jharkhand' anstrebt, die 'Jharkhand People's Party' (JPP), begrüßt Pilots Initiative. Die JPP versucht aber, jede Vereinnahmung durch die etablierte Politik - v.a. in New Delhi - zu vermeiden. Deshalb und weil sie noch zu schwach ist, kandidiert

sie noch nicht bei Wahlen, wie die führenden JPP-Mitglieder Dr. Ram Dayal Munda und S.B. Mullick anlässlich eines Besuchs in Bonn erklärten. Befürchtungen, daß die Bewegung vereinnahmt und gespalten wird, sind nicht unbegründet, wie die Vergangenheit der Jharkhand-Bewegung zeigt.

Schon 1963 fusionierte die damalige 'Jharkhand Party' unter Jaipal Singh mit der 'Congress'-Partei, wodurch die Bewegung bis in die 80-er Jahre führerlos und desorganisiert blieb. Ein Autonomierat soll nach Vorstellung der JPP und JMM weitreichende administrative Befugnisse sowie Kontrolle über 25 Prozent von Bihars Staatshaushalt bekommen. Über weite Teile des Autonomierat-Gesetzes ist man sich zumindest mit der Zentralregierung einig; doch vor allem die Kontrolle über die Polizeikräfte, die die Jharkhand-Bewegung fordert, will Laloo Prasad Yadav nicht aus der Hand geben. Regionale Vertreter der Moslems und anderer Minderheiten sowie einige führende 'Congress'-Politiker befürchten, daß ein auf die Interessen der Adivasi zugeschnittener Jharkhand-Autonomierat der Unterdrückung dieser Minderheiten durch die Adivasi Vorschub leisten könnte, wie dies schon in Bodoland im Nordosten Indiens zu beobachten sei. Bislang werden aber v.a. die Adivasi unterdrückt, woran die ehemals linke Regierung Yadav nicht unbeteiligt ist, und ein Vergleich mit der Situation im Nordosten hält kaum stand.

Kashmir und die Menschenrechte

Die Zahlen der Menschenrechtsverletzungen in Kashmir steigen in jüngster Zeit wieder an. Indiens Kampagne gegen die internationale Kritik an den Menschenrechtsverletzungen in Kashmir scheint erfolgreich zu sein, trotz der Tatsache, daß es wenig unternommen hat, um die Übertretungen zu beenden, schreibt die amerikanische Menschenrechtsorganisation 'Humans Right Watch/Asia' in ihrem jüngsten Bericht. Indische Truppen fahren mit der extralegalen Tötung zu Unrecht Inhaftierter fort, töten Zivilisten in Vergeltungsmaßnahmen und brennen Dörfer und Ansiedlungen als kollektive Bestrafung nieder, wenn diese nur im Verdacht stehen, mit militanten Gruppen zu sympathisieren oder diese zu unterstützen. Der Bericht beschuldigt die amerikanische Regierung unter Präsident Clinton die Abflachung der Kritik

gegen Menschenrechtsverletzungen in Kashmir in Kauf zu nehmen oder diese Entwicklung bewußt zu unterstützen, angesichts der indischen Kritik gegen die amerikanische Favorisierung Pakistans und den daraus resultierenden gestörten Indo-US Beziehungen.

Bei einem Treffen der UN-Kommission für Menschenrechte im März vertraten Menschenrechtsgruppen aus Kashmir die Auffassung, daß die laufende Zunahme der Menschenrechtsverletzungen die Konsequenz der erfolgreichen Bemühungen Indiens zu sein scheint, die international ausgeübte Kritik gegen sich abzuschwächen oder gar verstummen zu lassen. Wie dem Bericht von 'Asia Watch' weiterhin zu entnehmen ist, registrierten Menschenrechtsorganisationen in Kashmir mehr als 200 Morde an Inhaftierten im ersten Halbjahr 1994. Im Bericht wird die internationale Gemeinschaft aufgefordert, Indien unter Druck zu setzen und dafür Sorge zu tragen, daß die zahlreichen Menschenrechtsverletzungen gestoppt werden. Die Länder, die mit Indien Handel treiben, hätten die besondere Aufgabe sich zu vergewissern, ob Indien als wichtiger Markt Fragen der Menschenrechte Ernst nähme.

Unterdessen hat Hassan Rouhani, Vorsitzender der Kommission für Auswärtige Beziehungen des iranischen Parlamentes, anlässlich eines Besuchs Neu Delhis versichert, daß sein Land bereit sei, zwischen Indien und Pakistan zu vermitteln, um den Streit über die Kashmirfrage zu beenden. Der Iran stünde als Vermittler zur Verfügung, falls Indien und Pakistan dies wünschten, sagte Rouhani. Wir sehen Kashmir als ein Problem seit der Unabhängigkeit beider Länder 1947 und wünschen uns nunmehr ein unparteiisches und gerechtes Abkommen, fügte er hinzu. Der Vorschlag wurde mittlerweile von der indischen Regierung abgelehnt. Indien brauche keine ausländische Vermittler in diesem Konflikt, hieß es.

'Rugmark'-Stiftung anerkannt

Wie Kailash Sathiarthy, Sekretär der 'Südasiatischen Koalition gegen Kindersklaverei' (SACCS), der sich Anfang September zu einer Vortragsreise in Deutschland aufhielt, berichtete, ist die Stiftung 'Rugmark' seit dem 5. September in New Delhi regierungsoffiziell anerkannt. 'Rugmark' wurde gegründet, um die Durchsetzung eines Güte-

siegels für Teppiche "ohne Kinderarbeit hergestellt" durchzusetzen. Dadurch soll den europäischen und amerikanischen Teppichkäufern der Kauf von ohne Kinderarbeit produzierten Teppichen erleichtert werden. Über 400.000 "Teppichkinder" arbeiten immer noch unter sklavennähnlichen Verhältnissen in Indien (siehe u.a. 'Südasiens', 6/94). Proportional zu den europäischen Teppichimporten aus Indien stieg in den letzten Jahren die Zahl der Kinderarbeiter, während die Zahl der arbeitslosen Erwachsenen ebenfalls - überproportional - zunahm. Diese Zusammenhänge widerlegen Argumente (insbesondere von Vertretern des Teppichhandels), die Kinderarbeiter trügen zur Ernährung der Familie bei. Auf diese Zusammenhänge wies Kailash Sathiarthy auf seinen Vorträgen hin.

Volkswagen in Indien

Die 'Deutsche Volkswagen AG' prüft den Aufbau von Automobilproduktionsstätten in Indien. Zusammen mit der indischen Unternehmensgruppe 'Eicher Goodearth' will VW hierzu eine Marktstudie erstellen. Nach Erkenntnissen des VW-Vorstandes sind für die nächsten Jahre nur noch im asiatischen Automobilmarkt nennenswerte Wachstumsraten zu erwarten. Demnach wird der indische Gesamtmarkt im Jahre 2000 auf bis zu 500.000 PKW jährlich geschätzt; das wären doppelt so viel wie heute. VW denkt auch an eine längerfristige Zusammenarbeit mit der indischen 'Eicher Goodearth', so auch bei der PKW-Fertigung selber. 'Eicher Goodearth' produziert zur Zeit in Lizenz des japanischen Konzerns 'Mitsubishi' - wodurch es für VW entscheidende Erfahrungen auf dem indischen Automobilmarkt besitzt. Anfang 1994 hatte bereits die Mercedes Benz AG mit der indischen 'Telco Company' einen Kooperationsvertrag zur Herstellung von Wagen der E-Klasse in Indien unterzeichnet.

Trinkwassers verschmutzt

Nach Angaben des 'World Resources Report 1994-95' sind 70 Prozent der Wasserressourcen Indiens stark verschmutzt. Zugrundegelegt ist der internationale Standard der 'World Health Organisation' (WHO), nachdem 98 Prozent aller Wasserproben aus jeder beliebigen Region frei von Kolibakterien sein müssen. Nach Angaben des

Berichtes werden zum Beispiel dem Yamuna allein in Delhi pro Tag etwa 200 Millionen Liter ungeklärter Abwasser zugeführt. Bevor er die Stadt erreicht, enthält sein Wasser 7.500 Kolibakterien per Milliliter, unterhalb der Stadt sind es 24 Millionen! (siehe auch Beitrag in dieser Ausgabe). Nach Aussage des Reports ist die mangelhafte Versorgung der Bevölkerung mit sauberem Trinkwasser die wohl größte Bedrohung für die Gesundheit der Bevölkerung. Der Bericht weist auch auf die bedrohliche Situation anderer natürlicher Ressourcen auf dem Subkontinent hin. Es wird geschätzt, daß Indiens Wälder nachhaltig etwa 41 Millionen Kubikmeter Holz liefern können, die tatsächliche Menge jedoch bei schätzungsweise 240 Millionen Kubikmeter liegt. Zwar bleibe die Waldmenge in Indien zur Zeit in etwa konstant, doch der Zustand der Wälder verschlechterte sich zusehends. Verantwortlich gemacht wird hierfür die Fortsetzung kolonialer Gesetze und Regeln auch nach der Unabhängigkeit, die dem Staat eine nahezu komplette Kontrolle über die Wälder ermöglichen. So befinden sich heute 97 Prozent der indischen Wälder in Staatsbesitz. Während die Bevölkerungsgruppen, deren Lebensgrundlage der Wald ist, keinerlei Zugang und Nutzungsrechte an den Wäldern habe, verführe der Staat durch Holzverkäufe an Holzhändler und Papiermühlen diese zur Maximierung ihrer Kurzzeitprofite und zur Verlagerung ihrer Produktion in andere Regionen, sobald die lokalen Wasserreserven erschöpft seien, heißt es weiter in dem Bericht. Zu einer nachhaltigen Nutzung der Waldressourcen wird empfohlen, lokale Bevölkerungsgruppen, Dorfgemeinschaften und NGOs am 'Waldmanagement' zu beteiligen.

Biologische Vielfalt gefährdet

Auf einem internationalen Symposium in Bangalore wies der Untersekretär im indischen Umweltministerium, B.P. Singh, auf die zunehmende Bedrohung der Artenvielfalt in Indien hin. 62 Prozent der indischen Fauna ist endemisch. In Indien existieren etwa 81.000 Tierarten, was etwa 6,4 Prozent der globalen Artenvielfalt entspricht. Nach den von Singh vorgelegten Zahlen sind etwa 81 Säugetierarten, 47 Vögel- sowie 15 Reptilienarten, eine Vielzahl von Insektenarten und etwa 1.500 Pflanzenarten akut vom Aussterben bedroht. Etwa 20 Spe-

zies gelten als "wahrscheinlich ausgestorben", da sie in den letzten 60 bis 100 Jahren nicht mehr gesichtet worden seien. Von den etwa 45.000 verschiedenen Pflanzenspezies sind 4.900 Blütenpflanzen endemisch, mehr als die Hälfte davon ist in den Himalayaregionen beheimatet. Einen Hauptgrund für den Verlust biologischer Vielfalt sieht Singh in der Zerstörung der natürlichen Vegetation durch die Ausdehnung landwirtschaftlicher Nutzflächen. Das indische 'Wild Life Institute' schlägt zum Schutz der tierischen und pflanzlichen Vielfalt die Einrichtung von insgesamt 148 Nationalparks (zur Zeit gibt es 75) und 503 'wildlife sanctuaries' (412) vor.

McDonalds in Indien

Über ein Jahr nachdem die indische Regierung im Februar 1993 Investitionspläne des Fastfoodgiganten McDonalds genehmigt hat, steht noch immer nicht fest, wann und wo die ersten McDonalds Restaurants in Indien eröffnet werden sollen. Zur Zeit geht das Unternehmen davon aus, daß Ende 1995 in Bombay, Calcutta und Delhi die ersten Schnellimbisse eröffnet werden können. Von diesen Metropolen aus soll sich dann allmählich eine Restaurantkette in die Regionen ausbreiten. Auf die Zeitspanne zwischen Investitionsgenehmigung durch die Regierung und Eröffnung des ersten Restaurants Ende 1995 angesprochen wies ein Unternehmenssprecher darauf hin, daß dies ein ausgesprochen kurzer Zeitraum sei: "Wir haben acht Jahre gebraucht, bevor wir unser erstes Restaurant in China eröffnen konnten und 14 Jahre dauerte es in Moskau. In Indien werden es maximal dreieinhalb bis vier Jahre sein". Noch fehle es an ausgebildetem Personal, an einer geeigneten Produktlinie, die nicht auf Rindfleisch beruht und auch die Rechtsform von 'McDonalds Indien' stünde noch nicht fest, führte der Sprecher weiter aus. Mc Donald plant Investitionen in einer Gesamthöhe von etwa 40 Millionen US-Dollar für einen Zeitraum von sieben Jahren.

Straßenbahn für Delhi?

Die Regierung Delhis hat Plänen zugestimmt, ein Hochgeschwindigkeitsstraßenbahnnetz in der indischen Hauptstadt aufzubauen. Geplant ist die Errichtung von Hochtrassen entlang verkehrsintensiver Hauptstraßen, auf denen vollauto-

matische, computergesteuerte Straßenbahnen eingesetzt werden sollen. Mittels etwa sechs Meter hoher Säulen, die entlang der Hauptstraßen errichtet werden und nur wenig Platz einnehmen, soll die Hochtrasse errichtet werden. Tyler schätzt die Kosten des Projekts auf etwa umgerechnet etwa acht Millionen DM pro Kilometer. Der längste geplante Streckenabschnitt verläuft entlang der 43 Kilometer langen 'Ring Road', die um Zentraldelhi verläuft. Zum Aufbau und Betrieb des Systems sollen mittels globaler Ausschreibungen Angebote internationaler Unternehmen eingeholt werden. Das Ministerium hofft auf Unterstützung durch die 'Asiatische Entwicklungsbank'.

Claudia Warning

Partizipation bei Maßnahmen der Wohnungsversorgung

Erfahrungen aus den Slums von Bombay

Partizipation der betroffenen Bevölkerung ist eine wichtige Forderung der Entwicklungszusammenarbeit. Besonders für die Sektoren Wohnungsversorgung und Stadtentwicklung bietet es sich an, beteiligungsorientierte Programme und Projekte durchzuführen. Die institutionellen, administrativen und gesetzlichen Rahmenbedingungen für Wohnungsbau in Indien und speziell Maharashtra sind höchst komplex, bieten aber eine Reihe von Möglichkeiten für Selbsthilfe und beteiligungsorientierten Wohnungsbau. Aus der Auswertung von acht Fallstudien von staatlichen und nicht-staatlichen Slumsanierungsmaßnahmen in Bombay werden Aussagen über Aspekte und Ausprägung von Partizipation, ihre Einflußfaktoren, ihre Erfolgsvoraussetzungen und ihre Steuerung gemacht (Bestellung: Sozialwissenschaftliche Studien zu internationalen Problemen, Band 190, Verlag für Entwicklungspolitik Breitenbach GmbH, Saarbrücken, 1994, ISSN 0584-603-X)